

17/X. 1915

Ministerpräsident Graf Stürgkh über Tagesfragen.

Gestern mittags erschien die Abordnung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs, bestehend aus dem Präsidenten des Bundes, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Reichsrats-Abgeordneten Emil Kraft, dem Abgeordneten Denk, Oberkurator Steiner, Abgeordneten Regierungsrat Hans Hartl und Rafael Pachcr, beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um ihm im Auftrage des deutsch-österreichischen Städtetages vom 24. September die Beschlüsse dieser Tagung zur Kenntnis zu bringen. Bürgermeister Weiskirchner erklärte, daß nach 16 Kriegsmonaten nunmehr die Lasten der Gemeinden infolge außerordentlicher Leistungen bereits derart angewachsen seien, daß eine Hilfe der Regierung dringend notwendig erscheine. Es sei eine billige Forderung der Städte, daß dieser außerordentlichen Auslagen den Gemeinden vom Staate wieder zurückerstattet werden. Ministerpräsident Graf Stürgkh sprach sich über diese Angelegenheit in eingehender Weise aus und erklärte, gewiß dahin wirken zu wollen, daß diese außerordentlichen Leistungen der Gemeinden seinerzeit entsprechenden Rückersatz finden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erörterte sodann in längeren Ausführungen die Frage der Lebensmittelversorgung und hob insbesondere hervor, daß sich infolge der Not an verschiedenen Lebensmitteln, wie zum Beispiel Hülsenfrüchten etc., das seinerzeit in Aussicht genommene notwendige Quantum Mehl für Wien fast um das Doppelte erhöhen werde. Ministerpräsident Graf Stürgkh erwiderte, daß in dieser Angelegenheit zwischen den beteiligten Faktoren eingehende Verhandlungen stattfinden, und daß getrachtet werde, den Städten in möglichst gerechter und billiger Weise insoweit entgegenzukommen, als es überhaupt möglich sei, auch insofern, daß sie nicht durch die damals gezahlten Panikpreise zu großen Schäden erleiden. Der Ministerpräsident erklärte, daß die direkte Uebernahme durch die Gemeinden nicht anginge, aber auf Einschreiten der betreffenden Gemeinden dafür gesorgt werde, daß ihnen womöglich das entsprechende Quantum zugesprochen werde. Bei Besprechung der rechtzeitigen Einfuhr von überseeischem Fleisch, zu welchem Gegenstand unter anderen auch die Abgeordneten Pachcr und Oberkurator Steiner sprachen, machte Bürgermeister Dr. Weiskirchner die Mitteilung, daß in Wien Gefrierhäuser gebaut werden, welche vielleicht als zukünftige Zentrale zur Versorgung der österreichischen Städte mit Fleisch dienen können. Der Ministerpräsident Graf Stürgkh gab hierbei seiner Meinung dahin Ausdruck, daß zum mindesten für einige Jahre die Einfuhr von überseeischem Fleisch weder bei urgartlicher, noch bei inländisch-agrarischer Seite einem Widerspruch begegnen dürfte, nachdem ja die ersten Friedensjahre dazu bestimmt sein müßten, dem verminderten Viehstand wieder aufzuhelfen. Es ist zu bemerken, daß die Frachtkäufe in fortwährendem Steigen begriffen seien, und daß daher jetzt schon Schiffe gechartert werden müssen.

Bezüglich der Einführung von Höchstpreisen für Wild und Fische, welche Forderung insbesondere Abgeordneter Kommerzialrat Denk auswärteste vertrat, kam die allgemeine Meinung dahin zum Ausdruck, daß Höchstpreise von Wild ohne gleichzeitige Beschlagnahme nur ein Schlag ins Wasser wären und die Maßnahme nicht geeignet sei, den Mangel an Wildpret zu verringern. Die hohen Fleischpreise auch auf dem Lande sind die Ursache, daß zum großen Teil das Wild sofort an die Landwirte verkauft werde. Bezüglich der von dem deutsch-österreichischen Städtetag in Anregung gebrachten Gründung von Kriegsheimstätten brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner den Wunsch zum Ausdruck, daß die Regierung durch entsprechende Verordnungen und Gesetze die Schaffung dieser Heimstätten vorbereite. Die Städte, die sich ihrer patriotischen Pflicht bewußt, aus Dankbarkeit für die invaliden Krieger die größten Opfer zu bringen gewillt sind, setzen voraus, daß auch die Regierung diesen Bestrebungen Schutz und Unterstützung angedeihen lasse.

Des weiteren brachte Abgeordneter Regierungsrat Hartl bestimmte Fragen der Unterstützungsbeiträge für die Angehörigen der Invaliden zur Sprache, worauf der Ministerpräsident erwiderte, daß er bereits in Einvernehmen mit dem Landesverteidigungsministerium dahin gewirkt habe, daß eine einheitliche Durchführung der Auszahlung der Unterstützungsbeiträge nach liberalem Gesichtspunkte platzgreife.

Des weiteren erinnerte Abgeordneter Kraft den Ministerpräsidenten an die auf dem mährischen Städtetag und von der finanzpolitischen Städtekonferenz im Mai d. J. gefaßten Beschlüsse betreffs Behebung der Kreditnot der Städte, und ersuchte um beschleunigte Behandlung der damals der Regierung überreichten Wünsche der Städte.

Der Ministerpräsident erwiderte, daß zwischen den Ministerien in dieser Angelegenheit eingehende Verhandlungen schweben, die hoffentlich in kurzer Zeit zur Erledigung kommen dürften.

Zum Schlusse brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner noch den einstimmig in erhebender Weise gefaßten Beschluß des Städtetages bezüglich der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche zur Kenntnis des Ministerpräsidenten, welcher letzterer in seiner Antwort auf seine bereits den Vertretern anderer Körperschaften gegebenen Erklärungen hinwies, und insbesondere betonte, daß zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung anlässlich der in Angriff genommenen Ausgleichsverhandlungen eine eingehende Besprechung und Würdigung der Bestrebungen, die auf eine wirtschaftliche Annäherung der beiden Staaten abzielen, erfolgen werde.